

Debatte

Ukraine Die Ambivalenzen verschwinden S.18/19
Skilaufen Hat dieser Sport noch eine Zukunft? S.20
Spazieren Unser Quiz zum aufrechten Gang S.20

Lasst uns viel mehr zu Fuß gehen

Mobilitätswende Ständig ist vom Umsteigen auf Bahn oder Rad die Rede. Aber kaum je vom Gehen. Dabei gibt es nichts Nachhaltigeres

■ Marie-Anne Lerjen

Hier geht es um Begeisterung. Der Mensch richtet sich auf und geht auf zwei Beinen. Seine Perspektive verändert sich. Sein Gesichtssinn weitet sich. Die Wirbelsäule übernimmt die Stabilisierung in der Vertikalen und wird zur Drehachse. Der Kopf lässt sich auf den Halswirbeln in verschiedene Richtungen kippen und seitlich weit nach hinten drehen. Der Sehradius wird groß. Die Wirbelsäule wird s-förmig und federt ab. Die Füße formen sich für einen stabilen Gang um. Der Mensch wird wendig: der aufrechte Gang. Warum hat sich der aufrechte Gang in der Menschheitsgeschichte entwickelt? Weil so das Territorium besser überblickbar ist und weil so mit weniger Energie weitere Strecken zurückgelegt werden können. Der aufrechte Gang hat uns also weitsichtiger und ausdauernder gemacht. Wie unglaublich toll ist das.

Das war damals, in der Savanne. Heute gehen wir durch Städte, entlang von Stadträndern und durch von Menschen gestaltete Landschaften. Eine ganz andere Welt. Dennoch: Am meisten Eindrücke gewinnen wir nach wie vor beim Gehen zu Fuß. Unser Blick wendet sich in alle Richtungen. Geräusche von nah und fern dringen an unser Ohr. Wir spüren Wind, Sonnenwärme, Regen. Unsere freigespielten Hände laden zu Berührungen von Oberflächen ein. Gleichgewichtsorgane, Muskeln informieren uns laufend über die Beschaffenheit des Bodens und unsere relative Lage. Der sich frei bewegende Körper bietet einen maximalen sinnlichen Zugang zur Welt. Absolut faszinierend.

Weil wir wendig sind, können wir experimentieren. Mal langsamer gehen, mal schneller. Unebenheiten im Boden lustvoll auskosten. Schwanken, stelzen, schleichen. Wir können abrupt stehen bleiben und unmittelbar die Richtung ändern. Wir können uns durchquetschen und breitmachen. Wir können anderen Menschen unvermittelt begegnen und mit den vielfältigsten Kreaturen unserer Mitwelt direkt Kontakt aufnehmen. Was für ein Wunder.

Wer zu Fuß geht, muss auf nichts verzichten und gewinnt alles: nachhaltiges Glück. Die kanadische Erziehungswissenschaftlerin Catherine O'Brien schließt in ihrem Buch *Education for Sustainable Happiness and Well-Being* in ihrer Definition von Glück Nachhaltigkeit mit ein. „Nachhaltiges Glück“ trägt zum persönlichen, gemeinschaftlichen und globalen Wohl bei, ohne anderen Wesen und zukünftigen Generationen zu schaden. Gehen ist nachhaltig. Es hat von allen Transportarten den geringsten ökologischen Fußabdruck. Also lasst uns ausschweifend zweifüßig unterwegs sein und glücklich werden.

Damit ist die Bedeutung des Gehens in der Mobilitätswende klar. Denn es gibt nichts Wendigeres als das Gehen. Das Gehen schlägt jeden Zug, jeden Bus, jedes Auto, sogar das Fahrrad, wenn es um den Wenderadius geht. Macht Platz für die Fußgängerinnen und Fußgänger! Platz für das freie Gehen, Schnell- und Langsam-Gehwege, alle grün, mit gesunder Luft und wenig Lärm in Stadt und Land. Nah- und Weit-Gehwege zum Einkaufen, Arbeiten, Zeit verbringen, die Welt entdecken und für Begegnungen.

Schaffen wir die besten Bedingungen für die Wendigkeit unserer wunderbaren Körper. Die Sinne öffnen sich, wir nehmen wahr, staunen. Wir drehen und wenden uns. So kann unser Gehen zum beschwingten Tanz in eine nachhaltige Zukunft werden.

Die Spazierkünstlerin Marie-Anne Lerjen hat 2011 ihre Agentur für Gehkultur in Zürich gegründet. Seither erkundet sie auf vielgestaltige Weise die Möglichkeiten des Gehens

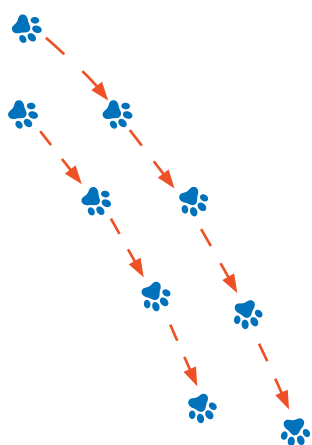


ILLUSTRATION: DINA BERTRAG

der Freitag

Die Wochenzeitung

»freitag.de

Partner von
The Guardian

19. Januar 2023
3. Ausgabe
Deutschland 5,40 €
Schweiz 7,50 CHF • Belgien,
Luxemburg, Österreich 6,10 €

Grünes
Wissen

Bahn Nachtzüge! Freundliches Personal! Fehlt noch schlaue Bahn-Politik **Wochenthema S. 6/7**

Krieg Eine ukrainisch-russisch-deutsche Familie schildert die ambivalente Lage **Debatte S. 18/19**

Satire Jan Böhmermann ist ein genialer Apostel seiner eigenen Moral. Eine Erklärung **Kultur S. 21**



Bio darf kein Luxus sein

Gesunde Ernährung für alle, Klimaschutz und faire Preise: So kann es klappen **s. 13 bis 16**

Partei am Abgrund

Lützerath Die Grünen haben ein ernstes Problem: Sie opfern ihre Haltung den Zwängen der Macht. Das wird sich noch rächen

■ **Stephan Hebel**

Mona Neubaur ist eine Grüne, und deshalb gefällt es ihr gar nicht, wenn noch mehr Braunkohle aus dem Boden geholt und verfeuert wird. Mona Neubaur ist aber auch Wirtschaftsministerin der schwarz-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen, und deshalb hat sie genau das durchgesetzt, was ihr so gar nicht gefällt. Wer darin immer noch einen Widerspruch erkennt, hat sich in den Regierungsgrünen der deutschen Gegenwart gewaltig getäuscht. Am Schicksal und der polizeilichen Räumung des rheinischen Dörfchens Lützerath zeigt sich überdeutlich: Zur Leitlinie dieser Partei sind genau die Verhältnisse geworden, die zu verändern sie einst angetreten war.

Das mag man schulterzuckend zur Kenntnis nehmen und sich abwenden von der einstigen „Öko-Partei“. Aber das Problem geht weit darüber hinaus: Nach Lützerath dürfte endgültig klar sein, dass die Klimaschutzbewegung im Parteienspektrum fast keine nennenswerten Verbündeten mehr hat, wenn es um eine konsequente Orientierung am 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens geht. Klimaschutz ist zwar Mainstream geworden. Aber wir erleben in der Politik eine sehr große Koalition, deren Handlungsbereitschaft genau dort endet, wo das Erbe des fossilen Kapitalismus im Wege steht.

Ministerin Neubaur hat den Widerspruch zwischen grünen Bekenntnissen und dem eigenen Handeln mit einer Aussage aufgelöst, die den Zustand ihrer Partei leider treffend dokumentiert: „Auch wenn ich mir es anders gewünscht hätte: Wir müssen anerkennen, dass die Realität eine andere ist.“ Aha, die „Realität“ ist es also,

die die Grünen angeblich zum politischen Handeln gegen eigene Überzeugungen zwingt. Ja, dass Politik Rücksicht nehmen muss auf reale Tatsachen, ist schwer zu bestreiten. Aber welche Realität ist hier gemeint? Muss die Braunkohle abgebaggert werden, weil die Erde eine Kugel ist und keine Scheibe? Muss Lützerath weg, weil die „Realität“ irgendwelcher Naturgesetze das erzwingt?

Wenn Regierungsgrüne die Realität ins Feld führen, wollen sie offensichtlich genau diesen Eindruck erwecken. Aber genau damit schließen sie sich endgültig einem angeblich ideologiefreien Pragmatismus an, der längst selbst zur Ideologie geworden ist: Die bestehenden Verhältnisse werden sozusagen in den Rang der Naturgesetzlichkeit erhoben.

Der angeblich ideologiefreie Pragmatismus ist längst zur Ideologie geworden

Am Beispiel Lützerath: Ohne das schon erwähnte Erbe des fossilen Kapitalismus wäre die Situation dort so nicht denkbar. Sie beruht nicht nur darauf, dass die Politik (hier allerdings nicht die Grünen) viel zu lange auf Öl, Gas und eben auch Kohle gesetzt hat. Zu den tieferen Gründen für das Schlamassel zählt auch, dass die Energieversorgung als ein zentraler Teil der Daseinsvorsorge in der Vergangenheit in die Hände privater Konzerne wie RWE gelegt wurde. Ein Kardinalfehler der neoliberalen Epoche, den Grüne eigentlich nicht achselzuckend hinnehmen sollten.

Aber was heißt das in der konkreten Situation? War es nicht doch ein Erfolg, der Ei-

gentümerin RWE wenigstens einen Teil ihrer Schürfrechte abzuverhandeln? Mona Neubaur und Robert Habeck werden es genauso sehen. Was sie aber übersehen, ist: Eine grüne Partei, die sich ihrer einst fundamentalen Haltung zum Vorrang des Klimaschutzes erinnern würde, hätte auf einer grundlegenden Neubewertung der Lage bestehen müssen, nachdem das Bundesverfassungsgericht der Politik eine konsequentere Gangart beim Klimaschutz auferlegt und nicht nur ein Gutachten erhebliche Zweifel an der Notwendigkeit eines so umfangreichen Braunkohleabbaus geweckt hatte. Einem neuen Dialog aller Beteiligten, wie ihn zum Beispiel Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung forderte, hätte sich unter entsprechendem öffentlichen Druck auch so ein großer Konzern wie RWE kaum entziehen können.

Stattdessen ergingen sich Regierungsgrüne in Hinweisen darauf, dass RWE nun einmal das gerichtlich bestätigte Recht besitze, zu baggern. Aber dieses Recht selbst gehört zu jener fragwürdigen Realität, der sich eine grüne Partei entgegenstemmen müsste. Nicht weil die formale Gültigkeit anzuzweifeln wäre, Deutschland hat keine Willkürjustiz. Sondern weil es noch eine andere, durch Klimaabkommen oder das Verfassungsgerichtsurteil bestätigte Legitimität gibt, die der Genehmigung entgegensteht. Juristisch wird sie nicht reichen, den Kohleabbau zu kippen. Aber politisch wäre es eigentlich eine Pflicht der Grünen, sich genau darauf zu berufen und den Druck auf RWE zu erhöhen.

Propos Recht: Erinnert sich jemand an Wackersdorf? An dem bayerischen Ort (übrigens eine Neuansiedlung, deren Vorgängerin um 1950 dem Braunkohleabbau weichen musste) sollte einst eine atomare Wiederaufbereitungsanlage entstehen. Der Plan scheiterte 1989 nach heftigen Protesten unter anderem der Grünen. Auf deren Homepage ist noch heute zu lesen: „Was für eine Bestätigung, dass sich jahrelanger, hartnäckiger Einsatz vieler Aktiver schließlich auszahlt!“ Kleiner Hinweis am Rande: Natürlich bestand in Wackersdorf bereits Baurecht, als die Grünen dort demonstrierten.

Konrad Ege beschäftigt der Geheimnisfetisch in den USA

Joe Biden hat einen Wettbewerbsvorteil gegen Donald Trump eingebüßt

Wer in einer Demokratie entscheidet, was geheim ist, beweist Macht. Dabei handelt es sich um ein vielschichtiges Phänomen. Die Enthüllungen Edward Snowdens haben gezeigt, wie der datenhungrige US-Staat seine Bürger und die Welt ausspioniert. Donald Trump hat Geheimnisse mitgenommen und laut neuen Erkenntnissen auch das Team von Joe Biden. Journalisten sind versucht, Informationen überzubewerten, wenn sie geheim sind. In den USA läuft Geheimhaltung schnell aus dem Ruder.

Binnen Wochen wird erwartet, dass der demokratische Präsident bekannt gibt, ob er noch einmal antritt. Und da wird ruchbar, wie fahrlässig Joe Biden mit vertraulichen Unterlagen umgegangen ist. Peinlich nach all der Entrüstung über die Gefahr, die von Trumps Geheimpapieren in Mar-a-Lago ausgegangen sei. Dokumente aus Bidens Amtszeit als Vizepräsident wurden an mehreren Orten gefunden. Vom Inhalt her sind die Papiere wohl nicht übermäßig brisant, politisch jedoch explosiv und für die Opposition enorm ausschlagbar. Regierungen und Sicherheitsorgane haben Geheimnisse. Das bleibt so, solange wir in konkurrierenden Nationalstaaten leben. Kein General verrät, wie seine Panzer funktionieren und was die Satellitenaufklärung leistet. Kein Führungsoffizier nennt Namen seiner Quellen. Tom Blanton, Direktor des Forschungsinstituts National Security Archive, sagte kürzlich im Fernsehkanal CBS, die meisten Geheim-Klassifizierungen schützen die Nation nicht vor „wirklichem Schaden“. Vielmehr wollten sich die Geheimnisträger selbst schützen. Die 7.000 Seiten der berühmten „Pentagon Papers“ sind ein Beispiel. Geheim, geleakt und dann 1971 publiziert. Sie zeigten, dass im Vietnamkrieg bombardiert und geschossen wurde, obwohl führende Regierungsvertreter längst Zweifel hatten. Die Öffentlichkeit wurde in die Irre geführt.

Die USA haben einen Geheimnisfetisch. Geschätzte drei Millionen Regierungsbedienstete und Vertragsarbeiter, die Hohepriester der Sicherheit, dürfen Geheimnisse lesen. Wie viele Millionen Geheimnisse online stehen und in Papierform herumliegen, weiß kein Mensch. Das Information Security Oversight Office soll der Regierung einen Überblick verschaffen über Geheimhaltung. Der Bürodirektor schrieb im Juli 2022 beim Vorstellen des Jahresberichts, er könne den Kopf „nicht mehr über Wasser halten im Tsunami neuer Geheimnisse“.

Freuen darf sich Donald Trump. Gegen ihn könnte Anklage erhoben werden wegen der Dokumente in Mar-a-Lago, die er trotz wiederholter Aufforderungen nicht herausrücken wollte. Das FBI ließ durchsuchen und beschlagnahmen. Dass jetzt auch Biden Geheimnisse aufbewahrt haben soll – wissentlich oder unwissentlich –, macht es Generalstaatsanwalt Merrick Garland schwerer, ohne starken Gegenwind voll durchzugreifen. Da mögen die Umstände in beiden Fällen noch so verschieden sein.

Für die Demokraten kommt die Sache zur Unzeit und führt zu der Frage, ob es wirklich eine gute Idee ist, 2024 erneut mit Joe Biden, 80, anzutreten, sei es gegen Trump, 76, oder einen besser sortierten Republikaner. Als Hauptargument für Biden kommt in Betracht, dass er nicht Trump ist und den schon einmal besiegt hat.

Doch nun sind Sonderermittler im Einsatz gegen Trump und gegen Biden. Man erinnert sich an die rechte Kampagne 2016 gegen Hillary Clinton wegen ungesicherter E-Mails, die medial nach Kräften ausgeschlachtet wurden. Die inszenierte Empörung hat Trump zum Wahlsieg verholfen.



Hegelplatz 1
10117 Berlin
PVSStk. A04188
Entgelt bezahlt